

## Bildungsrat: Stellungnahme zur Privatschulinitiative

Der Bildungsrat lehnt die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle», die so genannte Privatschulinitiative, ab. Die Verfassungsinitiative der Elternlobby fordert, dass Eltern bei der Schulwahl

für ihre Kinder zwischen den einzelnen öffentlichen und den nichtstaatlichen Schulen schweizweit wählen können.

Im Folgenden publiziert der LVB die

Pressemitteilung der BKSD betreffend Stellungnahme des Bildungsrates zur Privatschulinitiative der «elternlobby schweiz». Der LVB ist damit 100-prozentig einverstanden.

### Hohe Bildungsqualität für alle - Der basellandschaftliche Bildungsrat lehnt die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» deutlich ab und empfiehlt dem Regierungsrat, die ablehnende Haltung zu übernehmen.

Der basellandschaftliche Bildungsrat empfiehlt nach seiner Sitzung vom 20. Juni dem Regierungsrat, die Verfassungsinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle», die so genannte Privatschulinitiative, mit aller Entschiedenheit abzulehnen:

#### • Der Staat bezahlt

Die Initiative, welche als schweizerisches Pilotprojekt zuerst im Kanton Basel-Landschaft lanciert wird, trägt einen trügerischen Titel: Sie verheisst die freie Schulwahl, auf Kosten des Staates! Gemeinden und Kanton würden den Schulbesuch gemäss der Wahl der Eltern finanzieren müssen und müssten gleichzeitig als Anbieter und Schulträger auf dem neu entstehenden Schulmarkt auftreten.

#### • 40 Millionen und mehr an Kosten

So können für Gemeinden und den Kanton Basel-Landschaft Mehrkosten von über 40 Millionen Franken pro Jahr entstehen.

#### • Bildung ist kein Konsumprodukt

Das Bildungsangebot würde sich verändern, weil die verschiedenen «Konsumpräferenzen» der Eltern bzw. der Schülerinnen und Schüler zu bedienen wären. Die «Qualität» des Bildungsangebotes würde daran ablesbar sein, welche Schulen von den Eltern für ihre Kinder gewählt werden und welche nicht.

#### • Heute so, morgen so?

Nach der Vorstellung der Initiantinnen und Initianten soll das Kind nach seiner Vorstellung sich Schule und vor allem Lehrerin oder Lehrer wählen können. Das mag eine hehre Vorstellung sein, ist in der Realität aber eine Illusion, denn in aller Regel bestimmen die Eltern die Schule. Was aber wenn diese finden, ihr Kind gehe nun auch nach einem Wechsel noch in die falsche Schule? Muss dann die Gemeinde oder der Kanton mitten im Schuljahr ihr Kind wieder «zurücknehmen»? Soll man einfach so zwischen Schulen «switchen» können, wie es gerade passt?

#### • Kinder müssen auch lernen, dass man etwas aushalten kann

Die Schulen und Behörden der Gemeinden und des Kantons bemühen sich nach Kräften, den Kindern und Jugendlichen gute schulische Bedingungen anzubieten. Selbstverständlich kann in bestimmten Situationen ein Klassen- oder Lehrpersonenwechsel für ein Kind ein Gewinn sein. In aller Regel findet er an den Baselbieter Schulen dann auch statt. Aber Kinder und Jugendliche sollten auch lernen, dass nicht jedes Mal, wenn es ihnen einfach nicht mehr «gefällt», gleich eine andere Schulmöglichkeit gesucht wird. Beliebigerkeit ist in Schul- und Erziehungsfragen kein guter Ratgeber.

#### • In einem ländlichen Raum völlig undenkbar

Was in grossen demografisch dichten Agglomerationen möglich scheint, ist in einem ländlichen Raum wie dem Kanton Basel-Landschaft gar nicht möglich: Bildung lässt sich nicht als Markt organisieren!

#### • Bildung ist Service Public

Sie ist ein öffentliches Gut. Nur das ist demokratisch! Nur eine staatliche Schule bietet Gewähr, dass nicht auf der einen Seite Schulen mit so genannter «Bildungsaspiration» entstehen und auf der anderen Seite so genannte «Restschulen» übrig bleiben. Wird die Initiative realisiert, so ist zu erwarten, dass Schülerinnen und Schüler mit Lernbehinderungen und Störungen keine Wahl haben werden. Schulen können den Gemeinsinn besser kultivieren, wenn unterschiedliche Schülerinnen und Schüler sich an einem gemeinsamen Ort des Lernens begegnen und sich verständigen lernen müssen. Es ist nicht so, dass sich immer nur die besseren Schülerinnen und Schüler den schlechteren anpassen, wie dies die Initianten behaupten. Ebenso kann ein gutes Leistungsklima in einer Klasse die weniger fleissigen und weniger guten Schülerinnen und Schüler anspornen.

#### • Eine moderne Bildungsgesetzgebung

Der Bildungsrat setzt sich ein für eine öffentliche Schule mit Qualität für alle, wie sie mit dem Bildungsgesetz von 2002, einem der modernsten Gesetze in der Schweizer Basellandschaft, neu gefasst worden ist. Unsere Schulen sind anerkannt gute Schulen. Ein Systemwechsel zur freien Schulwahl ist nicht anzustreben.

Auskunft: Präsident des Bildungsrates, Regierungspräsident Urs Wüthrich-Pelloli, 061 925 50 60 [urs.wuethrich@bl.ch](mailto:urs.wuethrich@bl.ch)  
Sekretär des Bildungsrates, Martin Leuenberger, 061 935 50 55 [martin.leuenberger@bl.ch](mailto:martin.leuenberger@bl.ch)